

**SOLIDARITÄT
ENTGRENZEN:**

#OFFENGEHT

SOLIDARITÄT ENTGRENZEN:

#OFFENGEHT

Die Welt, Europa und Deutschland stehen vor riesigen Herausforderungen. Schmelzendes Eis und erodierende Böden: Die Folgen des Klimawandels treten offen zutage. Arten verschwinden. Ein rücksichtsloser Umgang mit Natur macht globale Pandemien wie Covid-19 wahrscheinlicher. Die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit auf globaler und nationaler Ebene wird größer und bringt Demokratien in Gefahr. Diskriminierungen werden offensichtlicher, rassistische und rechtsextreme Gewalt nehmen zu. Digitale Blasen und Desinformationen spalten ganze Gesellschaften. Zu den großen Herausforderungen zählen auch weltweite Migrationsbewegungen und nicht zuletzt 80 Millionen Flüchtlinge, die derzeit auf der Suche nach Schutz und Perspektiven sind. Sie stehen immer öfter vor geschlossenen Grenzen und stranden in Elendslagern.

Weil wir selbst Verantwortung dafür tragen, kann nichts so bleiben, wie es ist. Die Art, wie wir leben, wirtschaften, arbeiten, konsumieren und wie wir gesellschaftlichen Reichtum verteilen, muss sich ändern. Die zentrale Frage lautet: Wie wollen wir uns diesen Herausforderungen stellen? Als weltoffene, inklusive, gerechtigkeits- und menschenrechtsbasierte Gesellschaft oder als Gesellschaft, die auf Nationalismus, Ausgrenzung, Abschottung und autoritäre Strukturen setzt.

Wir sagen: #offengeht! Der Klimawandel, die Gerechtigkeitskrise und die Pandemie machen deutlicher denn je: Mit geschlossenen Augen, geschlossenen Grenzen und nationalen Alleingängen wird es keine Lösungen geben. Konzepte, die Sicherheit und Wohlstand für wenige verheißen und dafür Unsicherheit, Armut, Verelendung und Perspektivlosigkeit für viele in Kauf nehmen, werden scheitern – sowohl innerhalb einer Gesellschaft als auch in einer interdependenten und globalisierten Welt. Es geht nur miteinander und füreinander. Es geht nur, indem wir Solidarität entgrenzen. Das gilt auch für die Migrations- und Flüchtlingspolitik.

#offengeht! Das haben Millionen von Menschen 2015 im »Sommer und Herbst der Flucht« praktisch vorgelebt, als sie sich bei der Aufnahme von fast einer Million Flüchtlingen aus Syrien, Afghanistan und anderen Kriegs- und Krisengebieten engagierten. Menschen, die in Deutschland den Schutz suchten, der ihnen andernorts vorenthalten wurde, trafen auf eine lebendige, humane, empathische und an der Idee der universell gültigen Menschenrechte

orientierte Zivilgesellschaft. **Aus vielen dieser Geflüchteten sind längst Nachbar:innen, Kolleg:innen, Freund:innen geworden, die Deutschland jünger, bunter, stärker und klüger gemacht haben: #offengeht gut!**

Dem »Sommer und Herbst der Flucht« folgte eine Politik der Abschottung und Ausgrenzung. Wir alle – Engagierte und Geflüchtete – sehen und erleben die bitteren Folgen: Menschen, die vor den Toren und an den Rändern Europas in erbärmlichen Lebenssituationen verzweifeln, im Libanon, in Libyen, auf den griechischen Inseln oder in Bosnien-Herzegowina. Menschen, die ihre Heimat an Krieg, Gewalt und existentielle Bedrohungen verloren haben und nun vor verschlossenen Türen stehen und keine Perspektive auf Schutz haben. Menschen, die dauerhaft von ihren Familien getrennt bleiben. Menschen, denen durch aufenthaltsrechtliche Hürden und restriktive Behörden das Ankommen unmöglich gemacht wird. Menschen, die Brandanschlägen gegen ihre Unterkünfte und anderen Formen rassistischer Gewalt ausgesetzt sind. Menschen, für die rassistische Diskriminierungen mehr und mehr zur Alltagserfahrung werden. Menschen, die abgeschoben werden, obwohl sie längst angekommen sind und in der Gesellschaft Fuß gefasst haben.

Die menschenverachtende Abschottungs- und Ausgrenzungspolitik muss beendet werden. Menschenwürde, Menschenrechte, der Flüchtlingsschutz und das Recht auf Freiheit von Diskriminierung müssen endlich politisch handlungsleitend werden.

VON EINER MENSCHENRECHTSBASIERTEN MIGRATIONS- UND FLÜCHTLINGS-POLITIK ERWARTEN WIR UMGEHEND:

- die Schaffung sicherer und legaler Zugangswege und die Gewährleistung eines fairen und rechtsstaatlichen Asylverfahrens in Europa;
- die dezentrale Unterbringung von Schutzsuchenden, ihre Umverteilung in die Kommunen nach spätestens drei Monaten sowie die Unterstützung der Kommunen bei der Integrationsförderung vom ersten Tag an;
- die umfassende und zeitnahe Gewährleistung der Familienzusammenführung in Deutschland für alle Flüchtlinge und damit die rechtliche Gleichstellung von subsidiär Geschützten;
- die Änderung humanitärer Bleiberechtsregelungen, um Kettenduldungen wirksam zu verhindern und i.d.R. nach spätestens fünf Jahren dauerhafte Aufenthalts-sicherheit herzustellen;
- die Gewährung gleicher politischer Beteiligungsrechte (Wahlrecht auf allen Ebenen) nach fünf Jahren Aufenthalt;
- Sicherstellung des gleichberechtigten Schutzes sozial benachteiligter Personengruppen vor (pandemiebe-dingten) Gesundheitsrisiken. Hierzu bedarf es der dezentralen Unterbringung, der notwendigen medizinische Versorgung entsprechend dem Leistungsspektrum der gesetzlichen Krankenkassen und dem gleichberechtigten Zugang zu Bildungs- und Teilhabeangeboten;
- die Bekämpfung von Rassismus in all seinen Erscheinungsformen – von Alltagsrassismus bis zu struktureller Diskriminierung und rassistischer Gewalt – und in allen gesellschaftlichen Bereichen. Dazu gehören u.a. die konsequente Ermittlung und Ahndung rassistischer Straf- und Gewalttaten, eine diskriminierungsfreie Polizeiarbeit insbesondere bei sogenannten »verdachts-unabhängigen Kontrollen«, die Ausweitung des rechtlichen Diskriminierungsschutzes sowie eine aktive und (selbst)kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen von Rassismus;
- eine regelhafte und kontinuierliche inhaltliche und finanzielle Förderung der Arbeit für und mit Schutz-suchenden und Eingewanderten sowie die dauerhafte Förderung des Engagements für demokratische Werte und gegen jede Form von rassistischer Diskriminierung. Weil Demokratie die Zivilgesellschaft dringend braucht!

Die Interkulturelle Woche, während der in mehr als 500 Städten und Gemeinden im September und Oktober dieses Jahres tausende Veranstaltungen unter dem Motto #offengeht stattfinden, sind eine gute Gelegenheit, um sich zu Menschenrechten und Solidarität zu bekennen, das eigene Verhalten und eigene Privilegien kritisch zu hinterfragen und über die Erwartungen an eine offene Gesellschaft zu diskutieren.

Machen Sie sich stark für eine Gesellschaft der Menschenrechte und der Solidarität, die nur #offengeht:

- Nutzen Sie die Interkulturellen Woche, um die obenstehenden Erwartungen in Veranstaltungen zu diskutieren, zu erweitern oder zu ergänzen.
- Engagieren Sie sich am Tag des Flüchtlings am 1. Oktober: »Menschenrechte zählen!«
- Nutzen Sie den Hashtag #offengeht in Ihrer Kommunikation und bei Aktionen in den Sozialen Medien.
- Treten Sie vor der Bundestagswahl an die Kandidat:innen demokratischer Parteien heran und fragen Sie sie nach ihren Konzepten für eine offene und solidarische Gesellschaft.

Initiiert von: PRO ASYL, Diakonie Hessen, Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz, Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI)

Initiator:innen



Diakonie Hessen
www.diakonie-hessen.de



Bundeszuwanderungs-
und Integrationsrat
(BZI)



Initiativsausschuss für
Migrationspolitik in
Rheinland-Pfalz
www.ini-migration.de



PRO ASYL e.V.
www.proasyl.de

Der Erklärung haben sich u.a. folgende zivilgesellschaftliche Organisationen angeschlossen:

Adopt a Revolution

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)

Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in
Deutschland e. V.

Arbeitsgemeinschaft Frieden e. V. Trier

Arbeitsgemeinschaft Migrationsrecht im
Deutschen Anwaltverein

Arbeitsgruppe Flucht, Migration und Integration im
Ev. Kirchenkreis Prignitz

ARBEIT & LEBEN gGmbH

AWO NRW

Bundesfachverband unbegleitete minderjährige
Flüchtlinge e. V.

Bundesweite Arbeitsgemeinschaft Psychosozialer
Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer – BAFF e. V.

Caritasverband für das Bistum Magdeburg e. V.

Dachverband Entwicklungspolitik
Baden-Württemberg e. V. (DEAB)

Der Paritätische Baden-Württemberg

Der Paritätische Landesverband Thüringen e. V.

Deutsche Gesellschaft für
Verhaltenstherapie (DGVT) e. V.

Diakonie Deutschland

Diakonie Mitteldeutschland

Diakonisches Werk Baden

Diakonisches Werk der Ev.-Luth. Landeskirche
Sachsens e. V.

Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche
in Württemberg e. V.

Diakonisches Werk Tübingen

Eine Welt Forum Freiburg e. V.

Eine-Welt-Zentrum Heidelberg e. V.

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

Flüchtlingsrat Hessen

Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Flüchtlingsrat Niedersachsen

Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e. V.

Sächsischer Flüchtlingsrat e. V.

Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt

Flüchtlingsrat Thüringen e. V.

Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung
Asylsuchender e. V. (GGUA Flüchtlingshilfe)

Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF)

IPPNW e.V. - Ärzt*innen für die Verhütung des
Atomkrieges, Ärzt*innen in sozialer Verantwortung

Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland

Jugendliche ohne Grenzen (JOG)

KOK – Bundesweiter Koordinierungskreis gegen
Menschenhandel e. V.

Multikulturelles Zentrum Trier e. V.

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss für
die Interkulturelle Woche Berlin

pax christi - Regionalverband Rhein-Main

SOLWODI Deutschland e. V.

Stiftung für die Internationalen Wochen
gegen Rassismus

Zentrale Bildungs- und Beratungsstelle
für Migrant*innen e. V.

Zuflucht - Ökumenische Ausländerarbeit e. V.